



ALBA-Newsletter I-2013

*Die neue Unabhängigkeit Lateinamerikas
und was das alte Europa davon lernen kann*

**Die lateinamerikanische Souveränität am
Beispiel des Asylgesuchs Snowdens sowie
der neuen Finanzarchitektur
Lateinamerikas**



Inhalt

S. 2: UNASUR-Erklärung von Cochabamba

S. 4: Sozial ausgerichtete Bank des Südens versus europäische Bankenmacht

S. 5: Meldung *Bank des Südens* wird die lateinamerikanische Unabhängigkeit festigen

S. 6: Alternative Finanzarchitektur und ALBA

S.7: Die Bolivarische Allianz (ALBA) stellt sich vor

S. 8: Die südamerikanische Staatengemeinschaft UNASUR



-2-

*Die neue Unabhängigkeit Lateinamerikas und
was das alte Europa davon lernen kann*

**Die lateinamerikanische Souveränität am Beispiel des Asylgesuchs Snowdens sowie
der neuen Finanzarchitektur Lateinamerikas**

Die Bolivarische Republik Venezuela, der Plurinationale Staat Bolivien und die Republik Nicaragua haben ihre Bereitschaft angekündigt, dem Enthüller von Geheimdienstpraktiken der USA, Edward Snowden, Asyl zu gewähren.

Die Republik Ecuador, die wie die oben genannten Staaten Mitglied der [Bolivarischen Allianz ALBA](#) ist und bereits den Wikileaks-Gründer Julian Assange in ihrer Botschaft in London 2012 diplomatisches Asyl gewährte, erklärte, dass sie den Asylantrag Snowdens prüfte, sofern er sich auf ecuadorianischem Hoheitsgebiet aufhielte. Ecuador zählt die meisten anerkannten Asylsuchenden sowie regularisierte Flüchtlinge in Lateinamerika (bis April 2013 hatte Ecuador 55.249 Flüchtlingen den Asylstatus verliehen) und im Artikel 40 der ecuadorianischen Verfassung von 2008 ist festgelegt, dass kein Migrant als „illegal“ betrachtet werden darf.

Bolivians Präsident Morales war in der Nacht vom 2. auf den 3. Juli in Wien bei einer Rückreise aus Moskau zum Landen gezwungen worden, indem vier westeuropäische Länder die Überflugrechte wegen eines angeblichen Verdachts auf die Anwesenheit Snowdens im Flugzeug zurückgezogen hatten. Die Union Südamerikanischer Nationen ([UNASUR](#)) sowie weitere internationale Organisationen erklärten daraufhin ihre Ablehnung gegenüber dieser Haltung. Im Folgenden drucken wir die **Erklärung von UNASUR, Cochabamba, Bolivien, vom 4. Juli 2013** ab:

„[UNASUR - Erklärung von Cochabamba](#)“

Angesichts der Situation, in welche Evo Morales, Präsident des Plurinationalen Staates von Bolivien, durch die Regierungen von Frankreich, Portugal, Italien und Spanien gebracht wurde, verurteilen wir vor der Internationalen Gemeinschaft und diversen multilateralen Organisationen:

- Den offenbaren Verstoß internationaler Abkommen über das friedliche Zusammenleben, Solidarität und Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten als einen ungewöhnlichen, nichtfreundschaftlichen und feindseligen Akt, was eine unrechtmäßigen Handlung darstellt, welcher die Durchreise- und Bewegungsfreiheit eines Staatsoberhauptes und seiner offiziellen Delegation beeinträchtigt.
- Die Missachtung und neokoloniale Praxis, die im 21. Jahrhundert weiterhin auf unserem Planeten fortbesteht.
- Das Fehlen von Transparenz über die Beweggründe, die zu den politischen Entscheidungen geführt haben, dem bolivianischen Präsidentenflugzeug und Präsidenten den Überflug zu verwehren.
- Die illegale Praxis der Spionage, welche die Bürgerrechte und das friedliche Zusammenleben zwischen den Nationen gefährdet.



-3-

In Anbetracht dieser Verurteilung sind wir der Überzeugung, dass sich der Aufbauprozess der *Patria Grande*, der wir uns verpflichtet fühlen, unter voller Berücksichtigung der Souveränität und Unabhängigkeit unserer Völker, und ohne die Einmischung der globalen Hegemoniezentren sowie durch Überwindung der alten Praktiken, bei denen Länder in erste und zweite Klasse unterteilt werden sollen, eine Verstetigung finden muss.

Die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Länder der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR), versammelt in Cochabamba, Bolivien, den 04. Juli 2013:

1. Erklären, dass die nicht hinnehmbare Einschränkung der Freiheit von Präsident Evo Morales Ayma, die ihn praktisch zu einer Geisel gemacht hat, ein Rechtsbruch ist, nicht nur am bolivianischen Volk, sondern an allen Ländern und Völkern Lateinamerikas, und einen gefährlichen Präzedenzfall für das bestehende internationale Recht darstellt.
2. Weisen das klar gegen Normen und Grundsätze des internationalen Rechts wie die Unverletzlichkeit von Staatsoberhäuptern verstoßende Verhalten zurück.
3. Fordern die Regierungen von Frankreich, Portugal, Italien und Spanien auf die Gründe für die Entscheidung darzulegen, den Überflug des Präsidentenflugzeuges des Plurinationalen Staates von Bolivien durch ihren Luftraum zu verhindern.
4. Fordern die Regierungen von Frankreich, Portugal, Italien und Spanien in selbem Maße auf sich dem schwerwiegenden Vorfall entsprechend öffentlich zu entschuldigen.
5. Unterstützen die vom Plurinationalen Staat von Bolivien eingereichte Beschwerde beim Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen wegen der schweren Verletzung der Menschenrechte und der konkreten Gefährdung des Lebens von Präsident Evo Morales. Wir unterstützen das Recht des Plurinationalen Staates Bolivien, alle für notwendig gehaltenen Aktionen vor Tribunalen und zuständigen Instanzen in die Wege zu leiten.
6. Beschließen die Bildung einer von unseren Außenministern gebildeten Untersuchungskommission mit der Aufgabe, notwendige Aktionen zur Aufklärung des Vorgefallenen durchzuführen.

Abschließend und im Geiste der im Gründungsvertrag der UNASUR verankerten Prinzipien fordern wir die Gesamtheit der Staatsoberhäupter zur Unterstützung dieser Erklärung auf. Desgleichen rufen wir die Organisation der Vereinten Nationen und regionale Organismen, die sich bisher nicht geäußert haben, dazu auf, zu diesem nicht zu rechtfertigenden und willkürlichen Akt Stellung zu nehmen.

Cochabamba, 04. Juli 2013“

Übersetzung ins Deutsche von Benjamin Beutler für das Nachrichtenportal <http://amerika21.de>



-4-

Sozial ausgerichtete Bank des Südens versus europäische Bankenmacht

Neben der progressiven Flüchtlingspolitik sowie der unbedingten Verteidigung der Menschenrechte durch die Länder der Bolivarischen Allianz ist deren maßgebliche Beteiligung an der **alternativen Finanzarchitektur Lateinamerikas** ein international einzigartiges Beispiel sozial ausgerichteter Kooperation.

Die Entwicklungsbank Bank des Südens (*Banco del Sur*) setzt beispielsweise eigene Prioritäten bei der Kreditvergabe über die Interessen des Marktes. „Der Weltmarkt und die von ihm ausgehenden Signale werden von den transnationalen Unternehmen und den Oligopolen beherrscht“, wie der ecuadorianische Ökonom Dr. Pedro Páez hervorhebt. Das EU-Pendant, die [Europäische Investitionsbank \(EIB\)](#), ist laut Pedro Páez, heute Leiter der ecuadorianischen Behörde zur Marktkontrolle, spätestens seit der Errichtung des EU-Binnenmarkts im Jahr 1992 neoliberal ausgerichtet: Diese 1958 gegründete Bank mit Hauptsitz in Luxemburg, die unabhängig von der Politik Kredite und Bürgschaften an private und öffentliche Institutionen vergibt, erhält keine Mittel aus dem EU-Haushalt, sondern nimmt Mittel auf den Kapitalmärkten auf. Sie nimmt für ihre Darlehen Zinssätze, die über denen liegen, zu denen sie selbst das Geld geliehen hat. Zu dieser neoliberalen Ausrichtung gehört auch die grundsätzliche Gestaltung des Bankenwesens in der EU: Seit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) von 1986, deren Ziele in dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) 1992 in Maastricht zu Unionsrecht wurden, hat sich die Europäische Integration zur **vollständigen Liberalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs** verpflichtet. Dies führte bei den Kreditinstituten zur endgültigen Aufgabe der Devisenkontrolle sowie zur Aufhebung der Kreditbeschränkung, kurz: zur Deregulierung des EU-Bankensystems.

Die **Bank des Südens ist dagegen ein wirksames Instrument zur Förderung der Realwirtschaft**, der regionalen Souveränität bezüglich der Ernährungssicherheit, der Gesundheit, Energie, Forschung sowie zur Förderung einer kontinentalen Infrastruktur, die nicht mehr nur dem Rohstoffexport dient, sondern Impulse zur industriellen und sozialen Entwicklung gibt.

Mitgliedstaaten der Bank des Südens sind bisher Brasilien, Argentinien, Venezuela, Bolivien, Ecuador, Paraguay und Uruguay. Die Gründung der Bank resultierte vor allem aus der Unzufriedenheit mit der Praxis der Kreditvergabe von Weltbank und IWF, die als Einmischung in die innere Politik der Staaten und Erpressung zur Privatisierung staatlichen Eigentums gesehen wird. Finanziert wird die Bank durch die Währungsreserven der jeweiligen Zentralbanken. Das höchste Entscheidungsgremium ist der aus den Finanz- und Wirtschaftsministern der Mitgliedstaaten bestehende Verwaltungsrat. Die Präsidentschaft ist rotierend. Jedes Land hat das gleiche Stimmrecht, ungeachtet der Höhe seiner Starteinlage. Dadurch sollen Vormachtstellungen einzelner Staaten vermieden werden, wie sie bei Weltbank, IWF und der Interamerikanischen Entwicklungsbank existieren, die immer von den Vereinigten Staaten und Europa beherrscht waren. Normale Geschäftsentscheidungen sollen nach dem Konsensprinzip getroffen werden. Der Beschluss von Projekten, deren Umfang 70 Millionen US-Dollar übersteigt, erfordert eine Zwei-Drittel-Mehrheit des eingebrachten Kapitals.

Quellen: Xavier DUPRET, « La libéralisation financière au cœur de la crise », in: *transform !*, 11/2012
http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/eib/index_de.htm



„Bank des Südens wird die lateinamerikanische Unabhängigkeit festigen

Juni 2013

Die Errichtung der Bank des Südens wird den südamerikanischen Regierungen die Konsolidierung ihrer Unabhängigkeit ermöglichen. Der Außenminister von Ecuador, Ricardo Patiño Aroca, sagte am 12. Juni, dass "man bei der Souveränität in der Ernährung, Energie, Infrastruktur vorankommen muss, und die Entwicklung von Wissenschaft, Technologie und menschlichen Talente zu erreichen, sowie die endgültige Entwicklung der Befreiung und Unabhängigkeit unserer Länder zu schaffen."

Der ecuadorianische Diplomat fügte hinzu, dass "die Idee ist, dass wir selber natürliche Ressourcen ausbeuten müssen, und zwar ohne ausländische Unternehmen, aber wir können auch mit der Unterstützung, mit der Hilfe und der Finanzierung anderer Ländern rechnen, aber dabei wird es immer zum Wohle unserer Völkern sein, all das muss die Aufgabe der Bank des Südens sein".

"Wie wir im Ministerrat der Bank des Südens besprochen haben, haben wir unterschiedliche Positionen in allen Ländern, aber es besteht die Notwendigkeit einer eigenen Entwicklungsbank, die das Ziel hat, die Produktion zu fördern und Asymmetrien zwischen unseren Völkern zu überwinden", sagte Patiño zu den Medien.

Der venezolanische Außenminister Elías Jaua bestellte an diesem Mittwoch, den 12. Juni in Caracas den ersten Ministerrat der Bank des Südens, eine Organisation, die die Entwicklung der südamerikanischen Region zum Wohle der Menschen fördern wird.

"Wir werden die strategische Politik der Bank des Südens so ausrichten, dass diese schöne Erfahrung, die von Anführern geträumt wurde und von unseren Völkern gesehen wird, beginnt zu arbeiten, um eine Reihe von Instanzen aus dem Süden im Bereich der regionalen Entwicklung zu gestalten", sagte Jaua bei dem Gründungsakt des Rates, an dem er in Begleitung seines ecuadorianischen Amtskollegen Ricardo Patiño teilgenommen hat.

Diese Bank des Südens ist eine Initiative des Anführers der Bolivarischen Revolution, Hugo Chavez, die im Februar 2007 eingereicht wurde, als er gemeinsam mit dem argentinischen Präsidenten Nestor Kirchner das Memorandum für deren Schaffung unterzeichnet hat. Dabei waren auch Bolivien, Ecuador, Uruguay, Brasilien und Paraguay.



Anschließend nahmen diese Nationen das Übereinkommen zur Errichtung der Bank des Südens am 26. September 2009 auf der Insel Margarita, nordöstlich von Venezuela, im Rahmen des Zweiten Gipfeltreffens Südamerika-Afrika an.

Das südamerikanische Finanzinstitut soll die Entwicklung, das Wirtschaftswachstum und die Infrastruktur der Mitgliedsstaaten fördern.

Die Bank des Südens hat ein gebilligtes Kapital von maximal 20 Milliarden Dollar, das von den Mitgliedsstaaten entsprechend der Kapazität ihrer Volkswirtschaften eingebracht wird.

Der Hauptsitz der wirtschaftlichen Instanz liegt in Caracas und wird außerdem zwei Niederlassungen in den Städten Buenos Aires (Argentinien) und La Paz (Bolivien) haben.“

Zusammengefasste Nachricht von: <http://mesaredonda.cubadebate.cu/noticias/2013/06/12/canciller-ecuatoriano-afirma-que-banco-del-sur-consolidara-independencia-de-latinoamerica/>
Übersetzung aus dem Spanischen durch Yenki Bravo Colina

Alternative Finanzarchitektur und ALBA

Der erste Anstoß zu einer alternativen Integrationspolitik, das heißt auch zu einer anti-hegemonialen Finanzarchitektur, kam im Jahr 2001 vom damaligen Präsidenten Venezuelas, Hugo Chávez, der die ***Bolivarische Alternative*** lancierte. Daraus entstand im Dezember 2004, basierend auf den innovativen Handelsverträgen der Völker (*Tratados de Comercio de los Pueblos*), die sich anstatt eines neoliberalen Freihandels einem gleichberechtigten Außenhandel widmende ***Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerika***. Diese Allianz praktiziert nicht nur einen auf Ausgleich und soziale Ziele orientierten Handel, der sich von Freihandel fundamental unterscheidet, sondern setzt zum Zweck einer umfassenden Integration der hispanoamerikanischen Mitgliedsländer eine sowohl **soziale, kulturelle** als auch **ökonomische Zusammenarbeit** um.

Auch die neue Finanzarchitektur begann nicht mit der **Bank des Südens**, sondern wurde im Januar 2010 auf Grundlage eines neuartigen Transaktionssystems mit Hilfe der **ALBA-Bank** (gegründet 2007 und jedes Land hat im Unterschied zum IWF dasselbe Stimmrecht, unabhängig von der Höhe der nationalen Kapitaleinlage!) in die Tat umgesetzt. Eine entscheidende Etappe war die neue zwischenstaatliche Verrechnungseinheit, der **SUCRE** – Name der ehemaligen ecuadorianischen Währung und spanisches Kürzel für *Einheitliches System für regionalen Zahlungsausgleich*. Mit dieser neuen Buchwährung, die dem 1979 im Europäischen Währungssystem eingeführten ECU vergleichbar ist, erhöht die Unabhängigkeit vom US-Dollar und wird von auf **ausgeglichene Handels- und Leistungsbilanzen** ausgerichteten Institutionen flankiert (Regionaler Monetärer Rat, Regionaler Reservefonds).



-7-

Die Bolivarische Allianz (ALBA)



stellt sich vor

Die Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA), wurde im Dezember 2004 durch die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung der Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela und der Republik Kuba gegründet. Heute gehören ihr acht lateinamerikanische und karibische Länder an: Kuba, Venezuela, Bolivien, Nicaragua, Dominica, Ecuador, St. Vincent und die Grenadinen sowie Antigua und Barbuda.

Ziel der Gründung der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerika ist die Schaffung einer Alternative zu den neoliberalen Integrationsplänen und das **Bewahren der Völker der Mitgliedsländer vor der Finanzkrise, Ernährungs- und sozialen Krise** sowie der **Energiekrise** - durch Energieabkommen wie *PetroCaribe*, das Erdöllieferungen zu Vorzugspreisen ermöglichte sowie durch weitere energiebezogene Wirtschaftsprojekte unter den Mitgliedsstaaten. Die Allianz verfolgt die politische, wirtschaftliche und soziale Integration und stützt sich auf die Prinzipien der **Solidarität, Kooperation, Komplementarität, Achtung, Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Gleichberechtigung** unter ihren Mitgliedern.

ALBA schlägt ein umfassendes Modell vor, das die wirtschaftliche Komplementarität und die Kooperation zwischen den Ländern berücksichtigt, sodass eine effiziente Produktionsspezialisierung gefördert wird. Dies dient unter anderem zur Verringerung der Armut und zur Bewahrung der kulturellen Identität der einzelnen Völker.

Durch die Verwirklichung konkreter supranationaler Projekte und Unternehmen werden die sozialen und wirtschaftlichen Integrations- und Einheitsprozesse ausgeführt. Die wirtschaftliche Dynamik der supranationalen Projekte und Unternehmen ist darauf gerichtet, der Produktion von Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen Vorrang zu geben.

Die Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerika ist zu einem anschaulichen Beispiel dafür geworden, dass es möglich ist, in einem Integrationsprozess voranzuschreiten, bei dem die Völker die Möglichkeit haben, ihren Weg und ihre Zukunft frei und selbst zu bestimmen. Dieses Integrationsmodell war ein historischer Wunsch von Simón Bolívar, der ein großes Vaterland schaffen wollte, das dem Volk „das größtmögliche Maß an Glück, das größte Maß an sozialer Sicherheit und das größte Maß an politischer Stabilität“ gewährleistet.



Die ALBA-Mitgliedsländer spielen zudem eine große Rolle in anderen, jüngeren Integrationsprojekten wie in der Union Südamerikanischer Nationen ([UNASUR](#)), die im Jahr 2008 gegründet wurde und der heute alle Staaten Südamerikas angehören.

Die kontinuierliche Fortführung der lateinamerikanischen Integration ist ein offener Prozess. Dies wird auch am Beispiel der Bank des Südens deutlich: Sie ist weder ein Bestandteil von ALBA noch von UNASUR und dennoch besteht die Möglichkeit, dass sie sich zu einer regionalen Entwicklungsbank konsolidiert, die weitere Länder umfassen wird.

Die verschiedenen Integrationsmechanismen wie die im Rahmen von ALBA geschaffene Währungseinheit SUCRE sind nicht auf den Rahmen von ALBA begrenzt. So hat die Republik Östlich des Uruguay dieses Jahr den Handel mit den ALBA-Mitgliedsländern in SUCRE aufgenommen, obwohl es der Bolivarischen Allianz nicht angehört.

Impressum

Informationsblatt der in Berlin akkreditierten Botschaften der Mitgliedsländer der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA)

Kontakt:

Botschaft des Plurinationalen Staates Bolivien
Botschaft der Republik Ecuador
Botschaft der Republik Nicaragua
Botschaft der Republik Kuba
Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela

berlin@embajada-bolivia.de
info@ecuadorembassy.de
embajada.berlin@embanic.de
embacuba-berlin@botschaft-kuba.de
embavenez.berlin@botschaft-venezuela.de